

# TAGBLATT

## «Die Klauseln wurden ignoriert»

Der Basler Ökonom Rolf Weder zeigt sich zum Euro-Jubiläum skeptisch über die Zukunft. Er hält die Rückkehr der einzelnen Länder zu nationalen Währungen für immerhin erwägenswert.

30.12.2011, 01:04 Uhr



### **Herr Weder, der Euro ist seit genau zehn Jahren als Bargeld im Umlauf. Welches Zeugnis stellen Sie der Gemeinschaftswährung aus?**

Rolf Weder: Der Euro hat bis vor ungefähr einem Jahr überraschend gut dagestanden. Die Inflation lag unter zwei Prozent, gegenüber anderen Währungen war er eine ganze Zeit lang stärker, als man aus ökonomischer Sicht hätte voraussehen können. Die problematische Entwicklung der letzten Monate hat mit dem Konstrukt der Währungsunion als solche zu tun. Der Euro war ein Politstar, aber aus ökonomischer Sicht ein Sorgenkind seit seiner Geburt.

### **Liegt die krisenhafte Entwicklung also am Konzept der Gemeinschaftswährung und nicht so sehr an dessen Handhabung?**

Weder: Die Europäische Währungsunion (EWU) führt grundsätzlich dazu, dass die Mitgliedsländer ihre nationale Konjunktur nicht mehr mit eigener Geldpolitik beeinflussen können. Zudem verliert man mit dem Beitritt zur Eurozone einen wichtigen Anpassungsmechanismus, den Wechselkurs. Damit bleibt den Ländern zur Beeinflussung ihrer Konjunktur nur staatliche Ausgaben- respektive Fiskalpolitik. Deshalb ist es nicht erstaunlich, dass die Länder die Maastricht-Kriterien für die Euro-Stabilität von Beginn an nicht eingehalten haben.

### **Sie sprechen vom Ignorieren der Stabilitätskriterien, die eine Grenze der Staatsverschuldung vorsehen und die Aufnahme neuer Kredite von mehr als drei Prozent des Budgets verbieten.**

Weder: Das ist richtig. Es gibt aber noch einen dritten wichtigen Punkt. Man hat sehr klug vorausgesehen, dass der Anreiz in einer Währungsunion gross ist, dass sich einzelne Länder auf Kosten anderer Staaten überschulden. Deshalb wurde die No-Bail-out-Klausel eingebaut. Sie besagt, dass ein überschuldetes Mitglied bei Problemen auf den Märkten von der Gemeinschaft nicht gestützt werden darf. Mit der Regel wollte man ein Signal an die Märkte und die Länder senden, dass keine Solidarhaftung besteht. Aber auch diese Klausel wurde ignoriert.

### **Was war die Folge?**

Weder: Wenn man die No-Bail-out-Klausel von Anfang an ernst genommen hätte, hätten die Banken Staaten wie Griechenland oder Italien frühzeitig Kredit nur noch zu hohen und bald auch unerschwinglichen Zinsen eingeräumt. Dieser Mechanismus trat leider nicht ein. Die Märkte haben von Anfang an erwartet, dass Euro-Länder in Not unterstützt würden. Die Politik hat das mit der Errichtung des Rettungsschirmes nun auch in die Tat umgesetzt.

### **Der EU-Gipfel in Brüssel will aber den Sparzwang verschärfen. Glauben Sie, dass das ausreicht?**

Weder: Durch die Beschlüsse ist das Grundproblem nicht beseitigt. Das Korsett der einheitlichen Währung für Länder mit unterschiedlicher Wirtschaftskraft bleibt bestehen. Konkret: Griechenland ist bei Exportgütern und Dienstleistungen wie dem Tourismus nur bei stark sinkenden Preisen und Löhnen international wettbewerbsfähig. Die Gewerkschaften und viele Griechen akzeptieren die notwendigen Einkommenseinbussen sowie den ganzen Umbau des Wirtschaftssystems nicht. Hätte man einen flexiblen Wechselkurs, würde sich die Währung der Griechen ohne allzu grosse Verteilungskämpfe im Inland abwerten.

### Welche Alternativen gibt es noch?

Weder: Eine andere Alternative wäre sehr grundsätzlicher Natur: Ihr müsst die Einsicht vorausgehen, dass man die ökonomische Unterschiedlichkeit der Mitgliedstaaten unterschätzt hat. Dann wäre es denkbar, zu nationalen Währungen zurückzukehren, damit die Länder wieder selbständig über ihre Schulden und ihre Geldpolitik entscheiden und Anpassungen über den Wechselkurs erfolgen können.

Interview: Ulrich Glauber

#### «Tagblatt»-Newsletter abonnieren

Der kompakte Überblick am Abend mit den wichtigsten Ereignissen und Themen aus der Ostschweiz und der Welt. Zusammengestellt von der Redaktion. [Hier können Sie sich mit einem Klick kostenlos anmelden.](#)

Copyright © St.Galler Tagblatt. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von St.Galler Tagblatt ist nicht gestattet.